



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

51. hét

2019.12.16.

ZUSAMMENFASSUNG

Ungarische Innenpolitik – *Parlament und Regierung fällten in der vergangenen Woche wichtige Entscheidungen:*

Unter zahlreichen Entscheidungen des Hohen Hauses in der vergangenen Woche erhielten die Bestimmungen zur Hausordnung sowie die das kulturelle Leben beeinflussenden Gesetzesänderungen die größte Beachtung. Unterdessen hielt auch der Rat für öffentliche Entwicklungsprojekte der Hauptstadt seine erste Sitzung ab, auf der sich die Parteien auf zahlreiche Fragen verständigen konnten, die früher als problematisch betrachtet wurden.

Wirtschaftspolitik – *Bis Ende 2022 könnten die Staatsschulden unter 60 Prozent am BIP sinken:*

Das Finanzministerium sieht einen Zeitplan für unter 60 Prozent am Bruttoinlandsprodukt (BIP) sinkende Staatsschulden voraus. Bereits in diesem Jahr konnte das Ausmaß der Staatsschulden unter den psychologischen Schwellenwert von 70 Prozent gedrückt werden, indem die Schulden von 70,2 Prozent am Jahresende 2018 bis zum Jahresende 2019 voraussichtlich auf rund 66 Prozent fallen. In Zukunft soll der Anteil an Staatsanleihen in Händen der Bevölkerung von 7.500 Milliarden Forint auf 11.000 Milliarden Forint angehoben werden.

Außenpolitik, Außenwirtschaft – *Das Verfahren nach Artikel 7 ist in eine Hexenjagd ausgeartet:*

Justizministerin Judit Varga bezeichnete das auf der Grundlage des sogenannten Sargentini-Berichts gegen Ungarn wegen Kritiken an seiner Rechtsstaatlichkeit eingeleitete Verfahren als eine in den Mantel des Rechts gehüllte Hexenjagd. Wie die Ministerin erklärte, versuche Ungarn vergeblich, unter Einsatz aller juristischen Mittel zu argumentieren – Brüssel sei nicht zum Dialog bereit.

Nachrichten, die Beachtung verdienen – *Regierung möchte künftig ungewollt kinderlosen Paaren helfen:*

Die ungarische Regierung möchte sich in Zukunft in außerordentlicher Weise um unfruchtbare Paare kümmern, sofern es sowohl fachpolitisch als auch ausgehend von fachlichen Aspekten möglich ist, ein standardisiertes Fördersystem zu entwickeln, war auf der Fachkonferenz des Nézópont-Instituts zum Thema Bevölkerungspolitik zu vernehmen.

Prognose – *Der Austritt Großbritanniens aus der EU dürfte zum Abschluss gelangen:*

Boris Johnson und seine Konservativen konnten bei den vorgezogenen Wahlen eine bequeme absolute Mehrheit erringen. Damit bestätigte der Wahltermin vom 12. Dezember die Strategie des seit Mitte Sommer als Premierminister agierenden Politikers.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

PARLAMENT UND REGIERUNG FÄLLTEN VERGANGENE WOCHEN WICHTIGE ENTSCHEIDUNGEN

Seit 1990 wurden die Bestimmungen zur Hausordnung wiederholt modifiziert, wobei im Sinne der jetzigen Entscheidung die früheren, lockeren Regelungen durch strengere Sanktionen abgelöst wurden, wie sie auch in westeuropäischen Parlamenten Praxis sind. Die Neuregelung dieser Bestimmungen stand seit dem 12. Dezember 2018 auf der Tagesordnung.

Am vergangenen Mittwoch endete die ordentliche Sitzungsperiode des Parlaments mit einem Gesetzgebungsmarathon. Dabei behandelte das Parlament mit seinen 199 Abgeordneten mehr als 50 Änderungsanträge. Unter den wichtigsten Gesetzesänderungen befanden sich die Modifizierung von Bestimmungen zur Hausordnung und Gesetzesänderungen, mit denen auf die Skandale im kulturellen Leben reagiert werden sollte. Das Parlament stellt mit den Stimmen von zwei Dritteln der anwesenden Abgeordneten Bestimmungen zu seiner Hausordnung fest, um die Regeln seines Betriebs und die Verhandlungsordnung niederzulegen. Der Parlamentspräsident übt die in den Bestimmungen zur Hausordnung definierten Ordnungs- und Disziplinarbefugnisse aus. Es ist eine grundlegende Erwartung in einem demokratischen Rechtsstaat, dass die im Zeichen der Volksvertretung gewählten Parlamentsabgeordneten mit ihrer Arbeit zum effizienten und reibungslosen Betrieb des Hohen Hauses beitragen. Dieses Anliegen wurde durch Aktionen der Opposition im Stile eines Skandalpolitizierens jedoch eindeutig konterkariert. Im Sinne der mit 134 Ja-Stimmen verabschiedeten neuen Bestimmungen können dem Abgeordneten bis zu 6 Monatsbezüge gestrichen werden. Behindert der Abgeordnete die Sitzung, eine Debatte oder einen Abstimmungsvorgang, oder hindert er Teilnehmer an Sitzungen des Hohen Hauses an der Ausübung ihrer Rechte beziehungsweise Erfüllung ihrer Pflichten im Sitzungssaal, muss er ebenfalls mit Sanktionen rechnen und kann bis zu 30 Tagen des Hauses verwiesen werden. Sofern jemand physische Gewalt anwendet oder „wenn der Abgeordnete den Ablauf von Sitzungen, Debatten oder Abstimmungen behindert oder Teilnehmer an Sitzungen des Hohen Hauses an der Ausübung ihrer Rechte beziehungsweise Erfüllung ihrer Pflichten im Sitzungssaal hindert und dem dafür ausgesprochenen Hausverbot nicht Folge leistet, kann die Obergrenze für die Kürzung der Tantiemen auf 12 Monate angehoben werden“.

In der vergangenen Woche trat zum ersten Mal der neue Rat für öffentliche Entwicklungsprojekte der Hauptstadt zusammen. Im Anschluss an diese Sitzung konnten die Teilnehmer sowohl von Seiten des Regierungslagers als auch der Opposition wichtige Ergebnisse vermelden: Budapest unterstützt demnach den Bau eines neuen Leichtathletikzentrums, während die Regierung 50 Milliarden Forint zusätzlich für die Modernisierung der ambulanten Krankenversorgung in der Hauptstadt bereitstellen wird. Gleichzeitig blieb eine Reihe an Fragen offen: So ist weiterhin unentschieden, welche der die Donauinsel Csepel mit Budapest verbindenden Brücken gebaut werden soll, wie es auch in Bezug auf das neue Zentrumkrankenhaus für Buda keine Fortschritte gibt. Die Weiterführung des Liget-Projekts im Stadtwäldchen ist ebenfalls problematisch.

UNGARISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

BIS ENDE 2022 DÜRFTEN DIE STAATSSCHULDEN UNTER 60 PROZENT AM BIP FALLEN

Das Finanzministerium sieht einen Zeitplan für unter 60 Prozent am Bruttoinlandsprodukt (BIP) sinkende Staatsschulden voraus. Bereits in diesem Jahr konnte das Ausmaß der Staatsschulden unter den psychologischen Schwellenwert von 70 Prozent gedrückt werden, indem die Schulden von 70,2 Prozent am Jahresende 2018 bis zum Jahresende 2019 voraussichtlich auf rund 66 Prozent fallen. In Zukunft soll der Anteil an Staatsanleihen in Händen der Bevölkerung von 7.500 Milliarden Forint auf 11.000 Milliarden Forint angehoben werden. Dazu werden die bisherigen Instrumente durch die künftig einzuführende Rentenanleihe beziehungsweise eine grüne Staatsanleihe zur Finanzierung von Umweltschutzprojekten ergänzt.

Der Anteil der ungarischen Staatsschulden am BIP erreichte im II. Quartal 2010 noch 84 Prozent, welche hohe Quote bis zum Ende des II. Quartals 2019 auf 69,5 Prozent sinken konnte. Diesen relativ niedrigen Schuldenstand erreichte das Land zuletzt im Jahre 2008, bevor die zweite Gyurcsány-Regierung noch 2008 von dem Kreditrahmen, den die Europäische Kommission, der IWF und die Weltbank als Hilfsdarlehen zur Verfügung gestellt hatten, 1.824,8 Milliarden Forint und 2009 weitere 1.726 Milliarden Forint abrief. Von dem auf 20 Milliarden Euro angesetzten Kreditrahmen rief Ungarn binnen zwei Jahren somit insgesamt 14,2 Milliarden Euro, oder im Großen und Ganzen 70 Prozent ab. Im Jahre 2011 begann die Rückzahlung des internationalen Kreditpakets; befreien konnte sich die Wirtschaftspolitik von der Last dieser Kreditschulden erst im Jahre 2016.

Die strategische Zielstellung der ungarischen Regierung lautet, die Staatsschulden auch weiterhin zu senken beziehungsweise mittels Modifizierung der Schuldenstrukturen die externe Abhängigkeit der Volkswirtschaft weiter zu reduzieren. Begünstigt wird dies durch eine anhaltend stabile einheimische Haushaltslage, während der Anteil der ungarischen Staatsschulden am BIP kontinuierlich abnimmt. Die Schuldenstrukturen lassen sich im weiteren Verlauf mittels steigender Mengen an Staatsanleihen in Händen der einheimischen Privathaushalte verbessern. Ein Instrument dafür ist der Verkauf der ungarischen „Super-Staatsanleihe“ MÁP+. Deren Erfolg wird eindrucksvoll dadurch belegt, dass der Anteil der Staatsschulden bei der Bevölkerung auf 25 Prozent kletterte, während diese Quote innerhalb der durch die Schuldenzentrale ÁKK verwalteten Schulden des Zentralhaushalts sogar 30 Prozent erreichte. Die staatlichen Devisenschulden können erheblichen Einfluss auf den Betrieb eines Staates ausüben. Das zeigt sich unter anderem daran, dass die Ausgaben in Verbindung mit den Zinszahlungen im Jahre 2009 gleich 4 Prozent am BIP ausmachten, während ihre für 2020 eingeplante Höhe mit 1,9 Prozent weniger als die Hälfte jenes Wertes beträgt. Was die Finanzierung der Staatsschulden im kommenden Jahr anbelangt, bewahrt sich die Finanzierung aus Ersparnissen der Bevölkerung auch weiterhin ihre maßgebliche Rolle. In diesem Sinne wird die MÁP+ bleiben beziehungsweise zusätzlich die Rentenanleihe sowie eine grüne Staatsanleihe zur Finanzierung von Umweltschutzprojekten eingeführt.

AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

DAS VERFAHREN NACH ARTIKEL 7 IST IN EINE HEXENJAGD ENTARTET

Brüssel leitete das Verfahren gemäß Artikel 7, mit dem die ungarische Rechtsstaatlichkeit in Frage gestellt wird, auf politischer Basis ein, weshalb auch seine Beendigung auf politischer Grundlage erfolgen muss, erklärte Justizministerin Judit Varga. Gegen Ungarn wird eine sorgfältig inszenierte Hexenjagd veranstaltet, die auf Dokumenten beruht, die von durch die Open Society Foundations unterstützten Organisationen publiziert wurden.

Die am vergangenen Dienstag vorgenommene Anhörung brachte wieder keinen Durchbruch in dem Verfahren beziehungsweise für dessen Einstellung. Judit Varga ist der Meinung, der ungarische Standpunkt habe das Gremium überhaupt nicht interessiert. So stellte Justizkommissar Didier Reynders klar, man trage sich gar nicht mit der Absicht, das Verfahren einzustellen. Stattdessen

wurden in das Verfahren zur Infragestellung der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn Punkte aufgenommen, die gar keine Bestandteile des Sargentini-Berichts waren. Dabei wurde der Sargentini-Bericht an sich, mit dem das ganze Verfahren erst eingeleitet wurde, bereits irregulär verabschiedet, was aber im Untersuchungsgremium keine Beanstandung fand. Es liegt auf der Hand, dass Brüssel bei der Beurteilung gewisser Mitgliedstaaten zweierlei Maß anwendet. Die Ministerin brachte ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass die nächste Kommission korrekter in der Angelegenheit vorgeht und sich zum Dialog bereit zeigt. Brüssel warf Staatssekretär Zoltán Kovács vor, nach der Anhörung private Meinungen auf Twitter geäußert zu haben. Das beweist erneut das zweierlei Maß gegenüber Ungarn, denn nicht beanstandet wurde, dass das Protokoll der ersten Anhörung durch das Sekretariat unverzüglich an einen CEU-Professor herausgegeben worden war. Das aber war schon deshalb kein korrektes Vorgehen, weil das Protokoll zunächst einmal dem betroffenen Staat auszuhändigen ist, damit dessen Regierung auf die Inhalte des Dokuments reagieren kann. In Verbindung mit der Angelegenheit meldete sich auch der das Ministerpräsidentenamt leitende Minister Gergely Gulyás zu Wort. Er beanstandete, dass mehrere Politiker bei den Anhörungen aus Berichten vorlasen, deren Autoren Organisationen im Umfeld von George Soros sind.

Am vergangenen Donnerstag begann jener EU-Gipfel, dessen Thema der Kampf gegen den Klimawandel war. Unter den Plänen des Europäischen Rats findet sich, die Gemeinschaft bis 2050 klimaneutral zu machen. Ungarn ist bereit, das entsprechende Dokument zu unterzeichnen, wobei Viktor Orbán betonte, dass auf die Atomenergie nicht verzichtet werden könne. Deshalb müsste Brüssel alle Kritiken gegenüber der Atomenergie und jenen Ländern ablegen, die diese Energieform präferieren. Ungarn befindet sich auf einem guten Weg, um bis 2030 eine Klimaneutralität seiner Wirtschaft von 90% zu erreichen. Im Zusammenhang mit der Zielstellung für 2050 hält der Ministerpräsident eine ausgewogene und durchdachte Finanzierung für relevant. Heutigen Kalkulationen zufolge würde der 30-jährige Plan Ungarn 50.000 Milliarden Forint kosten, was jährlich 170.000 Forint für jeden einzelnen Steuerzahler entspricht.

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

DIE REGIERUNG KÖNNTE KÜNFTIG UNGEWOLLT KINDERLOSEN PAAREN HELFEN

Ausgehend von einer Meinungsumfrage des Nézőpont-Instituts zu diesem Thema halten es 73 Prozent der erwachsenen Ungarn – oder annähernd 6 Millionen Menschen – für eine gute Entscheidung, dass die Regierung die Familien in den Mittelpunkt ihrer Förderpolitik gerückt hat. Gleich acht von zehn Befragten (79 Prozent) glauben, dass die materiellen Unsicherheiten das größte Hindernis für die Verwirklichung des Kinderwunsches sind, für 60 Prozent spielen Gesundheitsfragen eine Rolle. Die negative Entwicklung der demographischen Indikatoren ist dabei kein Hungarikum. In Ungarn vertieft die Schwierigkeiten, dass wegen der ungünstigen Altersstruktur weniger junge Leute mehr Kinder übernehmen müssen. Im Vergleich zu 2001 waren es 2016 bereits 270.000 Ungarn weniger, die ausgehend von ihrem Alter Kinder auf die Welt bringen können. Die familienpolitischen Maßnahmen der Regierung bringen derweil positive Veränderungen: Die Zahl der Eheschließungen hat in Ungarn einen 40-jährigen Spitzenwert erreicht. Seit 2010 nahmen sowohl die Reproduktionsrate als auch die Bereitschaft zu Kindern zu. Die Regierung wendet 5 Prozent des BIP für Familienzuschüsse auf, dennoch gibt es weiterhin Gebiete, die Fortschritte verlangen. So ergibt sich ein hohes Defizit bei der Fruchtbarkeit, nachdem 150.000 Paare mit diesbezüglichen Problemen zu kämpfen haben, formulierte die Staatssekretärin für Familie und Jugend, Katalin Novák, die aktuellen Herausforderungen. Die Infertilität betrifft heutzutage jeden siebten Ungarn und somit rund 300.000 Menschen in Ungarn, so dass wir es hier wie in anderen Teilen der Welt mit einer Volkskrankheit zu tun haben. Um das Problem angehen zu können, ist unter Einbeziehung des Fachs eine Neudefinierung des Protokolls notwendig, mit dem die Umstände der Infertilitätsversorgung abgeklärt werden, beziehungsweise die Bereitstellung moderner Versorgungstechnik. Während die Mütter Kinder immer später wünschen, ragen unter den Faktoren, die zu Unfruchtbarkeit führen können, hohe Werte beim Körpermassenindex, das Rauchen und das steigende Lebensalter heraus. Infertilität ist dabei eine Paare berührende Krankheit, bei der die Männer mindestens eine ebenso bedeutende Rolle wie die Frauen spielen. Unter den Konferenzteilnehmern bildete sich ein fachlicher Konsens heraus, wonach das veraltete, vor rund 22 Jahren geschaffene System an Rechtsnormen in Bezug auf die Behandlung von Unfruchtbarkeit erneuert werden muss.

PROGNOSE

- **Boris Johnson und seine Konservative Partei haben im Unterhaus des britischen Parlaments eine bequeme, absolute Mehrheit erlangt. Die vorgezogenen Wahlen vom 12. Dezember bestätigten die Strategie des seit Mitte Sommer als Premierminister agierenden Politikers. Die Konservativen dürften 360 Sitze erhalten, während für eine Mehrheit 326 Sitze vonnöten sind. Mit diesem Wahlausgang kann auch der Brexit zu einem Ende geführt werden.**

Seit 1987, dem letzten Triumph von Margaret Thatcher, haben die Konservativen bei Wahlen nicht mehr so hoch gewonnen. Die Torys müssen sich weder um Koalitionsabmachungen noch um eine Amtsführung als Minderheitsregierung Gedanken machen, denn dank ihrer absoluten Mehrheit können sie eine stabile Position an der Regierung erlangen. Die Konservativen holten 43,5 Prozent der Stimmen, die Arbeiterpartei erlitt mit 32,4 Prozent der Stimmen die vierte Wahlniederlage in Folge. Die Liberaldemokraten als die früheren Königsmacher erreichten mit einem Ergebnis von 11,4 Prozent den dritten Platz. Die Arbeiterpartei kommt auf 203 Sitze, die Liberalen auf 11 Sitze. Für eine ähnliche Überraschung neben dem klaren Sieg der Konservativen sorgte die Schottische Nationalpartei (SNP), die gemessen an ihrem bisherigen Abschneiden stark auftrumpfen und mit 48 Abgeordnetensitzen 13 Mandate mehr als noch 2017 holen konnte. Im Lichte dieser Ergebnisse rechnen nun alle damit, dass der seit Jahren in die Länge gezogene Prozess des Austritts aus der Gemeinschaft endlich zu seinem Abschluss gebracht werden kann. Im Sinne des aktuellen Vorschlags der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments muss Großbritannien die Europäische Union bis spätestens zum 31. Januar 2020 verlassen. Für diesen Schritt sind Premierminister Boris Johnson dank der stabilen Mehrheit im Unterhaus nunmehr alle Voraussetzungen gegeben.